

Betreff:

Haushaltsplan 2018 / Investitionsmanagement 2017 - 2021

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	<i>Datum:</i> 06.12.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Planungs- und Umweltausschuss (Entscheidung)	06.12.2017	Ö

Beschluss:

„Dem Haushaltsentwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsmanagement 2017 - 2021 der Organisationseinheiten

- Fachbereich 60 Bauordnung und Brandschutz
- Fachbereich 61 Stadtplanung und Umweltschutz
- Referat 0120 Stadtentwicklung und Statistik
- Referat 0600 Baureferat
- Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt.

Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.“

Sachverhalt:

Für den finanzwirksamen Antrag FWE 059, Gutachten entgeltfreier ÖPNV, ist die Vorberatung im Finanz- und Personalausschuss vorgesehen.

Die Fraktion DIE LINKE hat darum gebeten, den Antrag auch im Planungs- und Umweltausschuss zu beraten.

Dieser Bitte kommt die Verwaltung nach.

Leuer

Anlage/n:

Ergänzung - Anlage 3, Finanzwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte – Ergebnishaushalt

Ergänzung - Anlage 3

Finanzwirksame Anträge - Ergebnishaushalt
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produkt-bezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			Ja	Nein	Enth.

Teilhaushalt Referat 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege

	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen															
--	----	-----------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	SBR 131	Machbarkeitsstudie Wiederaufstellung "Ackerhofportal" Der Bezirksrat 131 Innenstadt beantragt, Mittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Wiederaufstellung des Ackerhofportals in den Haushalt 2018 einzustellen.											einmalig		
--	--------------	----------------	---------	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	----------	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen:

443140 Prüfungs- und Beratungskosten

Anmerkung der Verwaltung:

Machbarkeitsuntersuchung zum Wiederaufbau des Ackerhofportals zur Erfassung und ggf. zum Ausschluss von verschiedenen Standortvorschlägen unter Berücksichtigung der Aspekte

- Stadtbildgestaltung
- Stadtgeschichte
- Konstruktive Machbarkeit (auch Gründung, ggf. Leitungsführungen)
- Restaurierungsaufwand
- Verkehrsgerechtigkeit

Ausarbeitung von 1 Vorschlag und 2 Alternativen als Vorentwurf einschließlich Kostenermittlung. Aus Sicht der Verwaltung sollte eine Machbarkeitsstudie erst beauftragt werden, wenn auch ausreichende Mittel zu einer Umsetzung der Maßnahme (grobe Schätzung bisher 680.000 €) im Haushalt bereitgestellt werden.

Teilhaushalt FB 61 - Stadtplanung und Umweltschutz

	18	Transfer-aufwendungen															
--	----	-----------------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

116	1.56.5610.12	Umwelt-organisationen und -verbände	BIBS	Stärkung der Umweltorganisationen und -verbände Die institutionelle Förderung im Bereich Umwelt soll gestärkt werden, damit sich die Stadt Braunschweig auch über die Stärkung seiner regionalen Verbände und Organisationen nachhaltiger und wirksamer als "Kommune der Biologischen Vielfalt" positionieren kann. Dies soll u.a. über geeignete Öffentlichkeitsprojekte wie dem "Langen Tag der Stadt Natur" erfolgen.										dauerh.		
-----	--------------	-------------------------------------	------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	---------	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen:

431810 Zuschuss an übrige Bereiche

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat bereits auf die Anfrage der BIBS-Fraktion vom 02.03.2017 zu der Initiative für einen „Langen Tag der Stadt Natur“ mit starker Einbindung der Verbände begrüßt (DS 17-04117-01). Die Vorplanungen sind inzwischen konkretisiert und mit den Verbänden besprochen worden, die dabei auf ihre sehr begrenzten, finanziellen Ressourcen für eine Beteiligung hingewiesen haben. Eine Erhöhung des Ansatzes würde das Engagement der Ehrenamtlichen unzweifelhaft stärken.

Als Termin für den Tag ist derzeit der 22.09.2018 vorgesehen. Generell können mit diesem Ansatz in der Folge unterstützende Projekte der Umweltverbände in noch stärkerem Maß gefördert werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produkt-bezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Abstimmungsergebnis												
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			Ja	Nein	Enth.										
117	1.56.5610.15	Klimaschutz	SPD	Regionale Energie- und Klimaschutzagentur e. V. (Reka) Der Verein Regionale Energie- und Klimaschutzagentur (Reka) nimmt als Partner der Stadt Braunschweig wichtige Aufgaben im Bereich der Umweltbildung, der Beratung und der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig wahr. Drei Viertel der Mietkosten für den angemieteten Bürobereich in der Frankfurter Straße werden von den dem Verein angehörenden Mitgliedsunternehmen aufgebracht. Um die wichtige Arbeit des Vereins zu unterstützen und das vorhandene Finanzierungsdefizit bei den Mietkosten auszugleichen, soll die Stadt Braunschweig den Verein 2018 mit einem Mietkostenzuschuss von 1.000 € pro Monat unterstützen.																							
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen: 431810 Zuschuss an übrige Bereiche																											
Anmerkung der Verwaltung: Die reka führt auf ehrenamtlicher Basis Klimaschutzprojekte in der Region Braunschweig durch und möchte damit bestehende Angebote unterstützen sowie bedarfsgerecht ergänzen. In diesem Zusammenhang hat sich die reka auch für die Stadtverwaltung stets als kompetenter Partner erwiesen, etwa bei der Unterstützung der aktuellen städtischen Kampagne mehr<weniger. Eigene Projekte der reka, wie verschiedene Veranstaltungsformate, der Marktplatz energie/effizienz oder das Bürger BeratungsZentrum (BÜBZ) stellen sinnvolle Beiträge dar, um das Thema Klimaschutz im Sinne des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Braunschweig insgesamt zu befördern. Zwischen der reka und der Verwaltung besteht hierzu ein produktiver fachlicher Austausch. Die Abteilung Umweltschutz empfiehlt aufgrund der sehr positiv zu beurteilenden Vereinsziele, Projekte und Unterstützungen dem Verein einen Mietzuschuss zur Deckung dessen Finanzaufwendungen zu gewähren.																											

Diverse Teilhaushalte

	diverse					0	+	1.960.300	0	+	2.925.300	0	+	3.780.300	0	+	4.780.300																
124	diverse		DIE LINKE.	Rasenmäherkürzungen beenden Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017. Das Haushaltrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstaufgabe dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.														dauerh.															
Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen: 431810 Zuschuss an übrige Bereiche																																	
Anmerkung der Verwaltung:																																	

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produkt-bezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Abstimmungsergebnis		
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			Ja	Nein	Enth.

Veranschlagung bei Fachbereich 20

						0	+	100.000	0	0	0	0	0	0			
--	--	--	--	--	--	---	---	---------	---	---	---	---	---	---	--	--	--

59	1.54.5470.01	DIE LINKE	Gutachten entgeltfreier ÖPNV In den Haushalt 2018 werden Mittel in Höhe von bis zu 100.000 Euro für ein Gutachten zur Einführung eines gebührenfreien ÖPNV eingestellt. Dabei sollen die infrastrukturellen, ökologischen und sozialen Auswirkungen eines solchen „ÖPNV zum Nulltarif“ bewertet und die verschiedenen Finanzierungsmodelle gegenübergestellt werden. Insbesondere sollen Wege zur Umsetzbarkeit innerhalb des Tarifverbundes aufgezeigt werden. Die Debatte um einen gebührenfreien ÖPNV wird derzeit in einer Vielzahl von Kommunen geführt. Modellversuche führen jeweils zu einer immensen Stärkung des ÖPNV, einem besseren, ökologischen Stadtverkehr, einem besseren Stadtclima sowie zur Gewährleistung von Mobilität und damit Teilhabe am öffentlichen Leben für alle Menschen. Auch für den städtischen Haushalt können sich große Chancen ergeben. Dieser Entwicklung sollte die Stadt nicht hinterherlaufen, sondern sie selber mitgestalten. Innerhalb des Regionalverbandes sollen Gespräche über dieses Modell geführt werden, um auch in anderen Kommunen Interesse für ein solches Modell zu wecken und auf die Umsetzung innerhalb des Tarifverbundes hinzuwirken. Die Erkenntnisse aus dem Gutachten zur kostenlosen Schülerbeförderung sollten selbstverständlich mit einfließen.					+ 100.000	0	0	0	0	einmalig			
----	--------------	-----------	---	--	--	--	--	-----------	---	---	---	---	----------	--	--	--

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen:

443140 Prüfungs- und Beratungskosten

Anmerkung der Verwaltung: